

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

|                                                           |                   |            |
|-----------------------------------------------------------|-------------------|------------|
| Stadtamt                                                  | Stellungnahme-Nr. | Datum      |
| II                                                        | S0106/17          | 31.03.2017 |
| zum/zur                                                   |                   |            |
| F0049/17 Fraktion CDU/FDP/BfM, Stadtrat Hoffmann, Michael |                   |            |
| Bezeichnung                                               |                   |            |
| Wohnen in Magdeburg                                       |                   |            |
| Verteiler                                                 | Tag               |            |
| Der Oberbürgermeister                                     | 02.05.2017        |            |

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

In einer Pressemitteilung des Bundes der Steuerzahler vom 6. Februar 2017 wird wie folgt ausgeführt: „So teuer macht der Staat das Wohnen!“

*BdSt-Ranking der Wohnnebenkosten legt starke Unterschiede der Landeshauptstädte offen / Der Staat ist Kostentreiber Nummer 1 / Spielraum für spürbare Entlastungen ist vorhanden!*

*Die Einwohner von Berlin werden am stärksten mit Wohnnebenkosten belastet, in München ist es am preiswertesten! Das teils erhebliche Kostengefälle legt ein neues Ranking offen, für das der Bund der Steuerzahler (BdSt) alle 16 Landeshauptstädte unter die Lupe genommen hat. Der detaillierte BdSt-Vergleich der Wohnnebenkosten für das Jahr 2016 zeigt, wie stark Mieter und Wohneigentümer quer durch Deutschland belastet werden. „Der Fiskus ist Wohnkostentreiber Nummer 1“, kritisiert BdSt-Präsident Reiner Holznagel.“*

*Magdeburg liegt nach den Ergebnissen des BdSt-Wohnnebenkostenvergleichs für das Jahr 2016, welche das Deutsche Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V. veröffentlichte, auf dem fünftletzten Platz, dem Platz 12.*

*Damit sind m.E. nicht nur die untersuchten, sondern auch weitere Abgaben zu hoch und sollten gesenkt werden.*

*Daher frage ich Sie:*

- 1. Da der Staat, auch die Landeshauptstadt Magdeburg kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem hat, stellt sich die Frage, wie die von der Stadt beeinflussbaren Nebenkosten gesenkt werden sollen, um Mieter und Eigentümer zu entlasten?*
- 2. Um infrastrukturelle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge kostengünstiger für die abgabepflichtigen Eigentümer und damit auch für Mieter gestalten zu können, sind auch Finanzierungsvorschläge, etwa aus dem freiwilligen Aufgabenbereich erforderlich. Welche sind dies ?*
- 3. Da öffentliche Abgaben und auch öffentliches Bauen meist in der öffentlichen Kritik stehen, stellt sich die Frage, ob es nicht im wirtschaftlicheren und sparsameren Umgang mit Steuerzahlermitteln sinnvoller ist, privat zu planen, privat zu finanzieren, privat zu bauen und privat zu betreiben, um Abgabepflichtige und Nutzer öffentlicher Einrichtungen zu entlasten, wenn nein, warum nicht?*

*Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.*

zu 1.

Entgegen der Auffassung des Fragestellers hat die Landeshauptstadt Magdeburg durchaus ein Einnahmeproblem.

Gegenüber vergleichbaren Städten im Westen der Bundesrepublik kann die Landeshauptstadt Magdeburg lediglich 60% der Steuereinnahmen realisieren. Hier muss an einer Verbesserung der Wirtschaftsleistung und der damit verbundenen Wertschöpfung gearbeitet werden.

Zur Thematik der beeinflussbaren Nebenkosten, sind vordergründig die Vermieter in der Landeshauptstadt Magdeburg anzusprechen. Diese können durch entsprechende Maßnahmen die Nebenkosten ihrer Mieter reduzieren, aber auch der Mieter selbst steht in der Verantwortung sorgsam mit den Ressourcen umzugehen.

zu 2.

Im Bereich der Daseinsvorsorge liegt die Landeshauptstadt Magdeburg im Vergleich von Quantität und Qualität im oberen Bereich der großen Städte Deutschlands. Bezogen auf die freiwilligen Leistungen der Landeshauptstadt werden vom Verfasser selbst keine Finanzierungsvorschläge erbracht. Der Verfasser müsste darlegen, was er genau darunter versteht.

zu 3.

Im privaten Bereich steht grundsätzlich das Ziel der Gewinnerwirtschaftung im Vordergrund. Im Einzelfall muss also grundsätzlich geprüft werden, ob eine öffentliche oder private Betreibung sinnvoll ist.

Wie Ihnen aus Ihrer Stadtratstätigkeit bekannt ist, verschließt sich die Verwaltung nicht, Aufgaben an private Dienstleister zu vergeben. Beispielhaft seien hier die Kindertagesbetreuung, die Schulbildung, die Sozialbetreuung und die Alten- und Service-Zentren genannt, in deren Betreibung freie Träger eingebunden sind. Aber auch im kulturellen Bereich gibt es viele Beispiele der privaten Umsetzung.

Zimmermann